In der Senatssitzung am 1. Juli 2025 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration

26.06.2025

Vorlage für die Sitzung des Senats am 01.07.2025

1. Änderungsantrag für das Bremische ESF Plus-Programm aufgrund einer Mittelumschichtung vom Bund an das Land Bremen

A. Problem

Seit Sommer 2024 gab es verschiedene Gespräche zwischen dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), welches für die Umsetzung des Bundes-ESF-Programms verantwortlich ist, und den zuständigen Ministerien auf Länderebene, um den finanziellen Umsetzungsstand der ESF-Programme in der Bundesrepublik zu thematisieren. Das BMAS signalisierte, die eigenen ESF-Mittel eventuell nicht vollständig ausschöpfen zu können und diese ggfs. in die Programme interessierter Bundesländer zu übertragen, um einem Mittelverfall vorzubeugen. Die ESF-Verwaltungsbehörde des Landes Bremen, angesiedelt bei der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration (SASJI), bekundete neben Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Niedersachsen Interesse an einer Mittelaufstockung. Am 26.11.2024 erhielt die SASJI vom BMAS dann die Zusage für eine Mittelumschichtung vom Bundes-ESF zum bremischen Landes-ESF in Höhe von 8,956 Mio. € ESF-Programmmitteln.¹ Neben dem Land Bremen erhalten auch Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Niedersachsen zusätzliche Mittel. Der auf das Land Bremen entfallende zusätzliche Anteil aus der Mittelumschichtung vom Bundes-ESF zum Landes-ESF in Höhe von 8,956 Mio. € wurde als Bestandteil des im Senat am 22.04.2025 beschlossenen Lösungskonzeptes zur Sicherung der ESF Plus-Finanzierung 2025 bereits berücksichtigt.

Diese Mittelumschichtung muss formal im Sommer 2025 eingeleitet werden, da die Mittel dem Bund sonst verfallen. Hierfür sind Änderungsanträge des Operationellen Programms aller beteiligten Länder sowie des Bundes erforderlich. Dies sind formale Anträge auf Anpassungen des finanziellen Umfangs sowie einhergehende Anpassung der inhaltlichen Programmatik, wozu etwa Zielzahlen gehören können. Für die Koordination der parallelen Stellung der Änderungsanträge bei der Europäischen Kommission hat das BMAS die Federführung übernommen.

Im Mai 2025 wurde das vorläufige Vorabstimmungsverfahren mit der Arbeitsebene der Europäischen Kommission eingeleitet, in welchem die Vorklärungen erfolgt sind, wie die Änderungsanträge konkret ausgestaltet sein müssen. Für die formale Einreichung der Änderungsanträge haben sich Bund, Kommission und die Länder auf den Zeitraum von Mitte bis Ende Juli 2025 verständigt.

Wie bereits im Rahmen der Senatsbefassung vom 22.04.2025 zur ESF-Sicherung 2025 angekündigt, müssen vor der formalen Einreichung des Änderungsantrags für das Land Bremen jedoch der ESF Plus-Begleitausschuss sowie der Senat zustimmen.

B. Lösung

Der anhängige Änderungsantrag für das ESF Plus-Programm des Landes Bremen (DE - ESF Plus Programm 2021 - 2027 Bremen) ist mit der Arbeitsebene der Europäischen Kommission vorabgestimmt. Die Programmänderung beschränkt sich auf die technische Umsetzung der

¹ Hinweis: zu diesem Zeitpunkt stand noch nicht fest, dass zusätzliche Mittel der technischen Hilfe i.H.v. 0,4 Mio. Euro hinzukommen würden

Mittelumschichtung, inhaltliche Anpassungen erfolgen nicht. So beschränkt sich die Anpassung auf die Finanztabellen 10 und 11 sowie die Anpassung der Indikatorentabellen 2, 3, 4, 6, 7 und 8.

Innerhalb der Finanztabellen wurde die Jahrestranche für 2025 von knapp 10,8 Mio. € um 9,3 Mio. € auf 20,1 Mio. € aufgestockt, die Höhe der erforderlichen Kofinanzierung von vormals 90,3 Mio. € auf 104,3 Mio. € sowie das Volumen des Gesamtprogramms von vormals 150,5 Mio. € auf 173,8 Mio. € angepasst. Bei den Indikatorentabellen wurden die angestrebten Zielzahlen linear entsprechend der Mittelaufstockung hochgerechnet.

Die Mittelumschichtung vom BMAS an das Land Bremen hat ein Gesamtvolumen von ca. 23,3 Mio. €, davon ca. 9,3 Mio. € ESF Plus-Mittel und ca. 14 Mio. € zu erbringende nationale Kofinanzierung. Die Kofinanzierung ist durch das Ressort Arbeit zu erbringen und stammt grundsätzlich aus den Landesmitteln des Produktplans 31 (Arbeit). Da es sich um eine nationale Kofinanzierung handelt, können neben den Landesmitteln der SASJI auch Mittel des Jobcenters, der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zur Kofinanzierung herangezogen werden. Die Kofinanzierung ist nicht ausschließlich im Haushaltsjahr 2025 zu erbringen. Es müssen lediglich bis zum Ende des Abrechnungszeitraums der Förderperiode am 31.12.2029 entsprechende Ausgaben gegenüber der Kommission nachgewiesen werden. Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration kann und wird die Nachweisung der entsprechenden Kofinanzierung für das ESF-Programm insgesamt innerhalb der bestehenden Budgets bzw. Eckwerte und Finanzplanwerte des Produktplans 31 bis 2029 sicherstellen; zusätzliche Belastungen für den Landeshaushalt gegenüber den bereits bestehenden Beschlusslagen zum Haushaltsvollzug 2025 bzw. zum Eckwertebeschluss des Senats vom 17.06.2025 ergeben sich insoweit nicht.

Der vom Bund an das Land umgeschichtete Betrag hat sich weiterhin leicht erhöht, da im Zuge des Vorabstimmungsverfahrens im Mai 2025 entschieden wurde zusätzlich zu den Programmmitteln in Höhe von 8,956 Mio. € auch die dazugehörigen Mittel der Technischen Hilfe² (358.240 €) umzuschichten. Der entsprechende Änderungsantrag wird über die erhöhte Gesamtsumme an den Bund gestellt. Derzeit wird noch geprüft, ob diese zusätzlichen Mittel im Rahmen des regulären Haushaltsaufstellungsverfahrens für das Jahr 2026 in Einnahmen und Ausgaben veranschlagt oder im Jahr 2025 im Zuge des abschließenden Lösungskonzepts zur Sicherung der ESF-Finanzierung nachbewilligt werden.

Da diese Mittelumschichtung einer Programmaufstockung in Höhe von 13,4 %³ entspricht, wurden die zu erreichenden Zielindikatoren linear um 13,4 % hochgesetzt.

Die erforderliche Befassung des ESF Plus-Begleitausschusses ist für den 01.07.2025 geplant, von einer Zustimmung zum Änderungsantrag ist auszugehen.

Die übrigen Handlungsbedarfe, die sich aus den Beschlussvorschlägen der Gremienbefassung im April 2025 ergaben, werden im Rahmen späterer Vorlagen angegangen.

² Die Technische Hilfe soll die Umsetzungskosten der Strukturfonds abgelden und wird zur Finanzierung von Verwaltungspersonal, IT-Ausstattung, Öffentlichkeitarbeit, die Arbeit des Begleitausschusses und Ähnliches herangezogen. Sie wird pauschal mit 4% abgegolten und ist deckungsfähig zu den Programmmitteln

³ Das Bremer ESF-Programm verfügt in der Förderperiode 2021 – 2027 über ein Gesamtvolumen in Höhe von 150.548.493,00 €, aufgeteilt in 60.219.396,00 € europäische Mittel und 90.329.097,00 € nationale Kofinanzierung. Eine Aufstockung des Gesamtprogramms um insgesamt 23.285.600,00 €, aufgeteilt in 9.314.240,00 € europäische Mittel und 13.971.360,00 € nationale Kofinanzierung, entspricht einer Aufstockung in Höhe von 13,4 %

C. Alternativen

Alternativ würde auf die Stellung des Änderungsantrags verzichtet werden. Hierdurch könnte die zugesagte Mittelumschichtung aus dem ESF-Programm des Bundes nicht umgesetzt werden und das Land Bremen würde die zusätzlichen Mittel in Höhe von insgesamt 9,3 Mio. € nicht erhalten.

D. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung / Klimacheck

Durch die Umsetzung der Mittelumschichtung zwischen dem Bund und der Freien Hansestadt Bremen können zusätzliche Mittel gegenüber der europäischen Kommission abgerechnet werden. Die finanziellen Auswirkungen für das Land Bremen aus der Mittelumschichtung vom Bundes-ESF in das Landes-ESF-Programm wurden grundsätzlich bereits als Gegenstand der Senatsbefassung vom 22.04.2025 zur Sicherung der ESF-Finanzierung 2025 berücksichtigt, indem die zusätzlichen Bundes-ESF-Mittel im damals erwarteten Umfang von 8,956 Mio. € für 2025 als Lösungsbeitrag eingerechnet waren. So wurden bei der Haushaltsstelle 0308/686 70-1 „EU-Zuschüsse ESF 2021-2027 (Programmmittel)“ daher in diesem Jahr 8.956.000,00 € nachbewilligt, bei gleichzeitiger Sollerhöhung bei der Haushaltsstelle 0308/272 70-2 „Von der EU für das ESF-Programm 2021-2027“. Da die Verausgabung der Mittel vor der Abrechnung mit der EU-Kommission zu erfolgen hat, waren die Sollerhöhungen bei den Haushaltsstellen 0308/686 70-1 sowie 0308/272 70-2 bereits vor Erzielung der Einnahmen umzusetzen. Ein entsprechender Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses vom 25.04.2025 liegt vor, der Beschluss des Senats erfolgte am 22.04.2025. Es ist weiterhin davon auszugehen, dass die entsprechenden Einnahmen noch in 2025 im bremischen Haushalt eingehen werden.

Darüber hinaus sind im Zusammenhang mit der im Nachgang zur Senatsbefassung vom 22.04.2025 erfolgten Betragskonkretisierung zur technischen Hilfe bei der Haushaltsstelle 0308/532 70-4 „ESF 2021-2027 (Technische Hilfe)“ 358.240 € in diesem Jahr nachzubewilligen oder im Rahmen der Haushaltsaufstellung in 2026 in Einnahmen sowie Ausgaben veranschlagt. Derzeit befindet sich dies noch in Prüfung und wird im Rahmen des abschließenden Lösungskonzeptes geklärt. Wie bereits in der Vorlage für die Sitzung des Senats am 22.04.2025 dargestellt, wird die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration im Zuge des Controllings über die weitere Entwicklung der Defizitabdeckung im Rahmen des Haushaltsvollzugs 2025 berichten.

Die Vorlage hat keine personalwirtschaftlichen Auswirkungen im Kernhaushalt.

Genderprüfung

Gemäß Art. 9 (3) VO (EU) 2021/1060 sind die Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung des europäischen Sozialfonds zur Beachtung der bereichsübergreifenden Grundsätze verpflichtet. Die bereichsübergreifenden Grundsätze schließen u.a. die Gleichberechtigung der Geschlechter, den Nichtdiskriminierungsgrundsatz und den Inklusionsgedanken ein. Auch alle Landesarbeitsmarktprogramme werden unter diesen Gesichtspunkten umgesetzt.

Klimacheck

Die Beschlüsse in der Senatsvorlage haben, auf Basis des Klimachecks, voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Vorlage ist mit der Senatskanzlei und dem Senator für Finanzen abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

- 1) Der Senat stimmt dem vorliegenden Änderungsantrag für das ESF Plus-Programm des Landes Bremen (DE - ESF Plus Programm 2021 - 2027 Bremen) zu.
- 2) Der Senat stimmt einer Einreichung des vorliegenden Änderungsantrags Ende Juli bei der Europäischen Kommission zu.